



Neue Zürcher Zeitung 15. Februar 2011

## Ein gutes Leben im Alter für alle

Ruth Gurny

Die *erste Säule*, die AHV, ist ein Musterbeispiel für Solidarität mit ihrem Ausgleich zwischen Grossverdienern und den „kleinen Leuten“. Sie hat allerdings einen Schwachpunkt: Sie wird noch immer nicht dem Verfassungsauftrag gerecht, den Existenzgrundbedarf zu sichern. Sogar wenn eine Maximalrente erreicht wird (was bei vielen Leuten nicht der Fall ist), liegt diese Rente immer noch unter der vom Bundesamt für Statistik errechneten Armutsgrenze. Etwa 12 Prozent aller Rentnerinnen und Rentner sind deshalb auf Ergänzungsleistungen angewiesen.

Die *zweite Säule* soll die Weiterführung des bisherigen Lebensstandards ermöglichen. Neben der Tatsache, dass damit bestehende Ungleichheiten fortgeschrieben werden, gibt es noch eine Reihe weiterer gravierender Mängel. Zum einen können sich die Selbständigen hier nicht versichern. Weiter sind Paare, die sich in die Erwerbsarbeit teilen, in der Altersabsicherung schlechter gestellt, weil der Koordinationsbetrag zwei Mal abgezogen wird. Und schliesslich verletzt die zweite Säule das Postulat der Geschlechtergerechtigkeit: Viele Frauen arbeiten Teilzeit und dies mit sehr kleinen Pensen, weil sie für den grössten Teil der unbezahlten Haus- und Erziehungsarbeit zuständig sind. Ihr Lohn liegt oft unter dem Koordinationsabzug (aktuell 23'940 Franken) und so können sie keine 2. Säule aufbauen. Kein Wunder, entfallen heute nur gerade knapp ein Fünftel der ausbezahlten Renten auf Frauen.

Die *dritte Säule* schliesslich, das private Alterssparen, ist in erster Linie ein Angebot für Wohlhabende und dient vor allem der Steueroptimierung.

Was ist zu tun?

Im Vordergrund muss der Ausbau der AHV stehen: Alle Leuten müssen ein Anrecht auf ein anständiges Leben im Alter haben und das ist durch die AHV zu gewährleisten. Wer keine oder keine genügende 2. Säule aufbauen konnte, dem soll die AHV dieses Leistungsziel garantieren. Damit wird eine zentrale Gerechtigkeitslücke im gegenwärtigen Sicherungssystem geschlossen. Natürlich muss gesellschaftlich ausgehandelt werden, was das in Franken und Rappen heisst. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund sieht mit seinem Modell „AHVplus“ vor, dass bei tieferen Löhnen die AHV-Rente 80% des früheren Einkommens beträgt. Nur so kann die in der Verfassung vorgesehene Fortsetzung der bisherigen Lebenshaltung im Alter gewährleistet werden. Die politische Rechte fordert allerdings genau das Gegenteil. Seit Jahren behauptet sie, die AHV, die auf dem Umlageverfahren basiert, sei aus demografischen Gründen nicht mehr finanzierbar. Allerdings

müssen diese Kreise den Zeitpunkt des behaupteten finanziellen Kollapses der AHV immer wieder nach hinten korrigieren. Die Finanzlage der AHV hat sich nämlich in den letzten Jahren durch die gestiegene Lohnsumme stark verbessert. Die finanzielle Belastung der Gesellschaft durch die demografische Alterung muss ohnehin relativiert werden: Der zunehmenden Zahl von Personen im Rentenalter steht eine abnehmende Zahl von Kindern gegenüber, die ihren Unterhalt ebenfalls nicht selbst bestreiten. So mussten 1970 100 Personen im Erwerbsalter für 74 nicht erwerbstätige Personen (Kinder, Jugendliche und Alte) aufkommen. 2008 waren es gerade noch mal 61 Personen. Ein Ausbau der AHV ist also aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive machbar und realistisch.

Auch bei der zweiten Säule mit ihrem Kapitaldeckungssystem gibt es Änderungsbedarf. Die gravierenden Lücken im Leistungsbereich wurden bereits angesprochen. Grosse Mängel bestehen im Bereich des Umgangs mit den verwalteten Vermögen. Viele Kassen lassen sich von den Sirenenklängen des Casino-Kapitalismus verführen und vergeben die Chance, im Interesse der versicherten Arbeitnehmerschaft auf die Wirtschaft Einfluss zu nehmen. Als Alternative bietet sich die Integration der vielen Einzelkassen in eine öffentlich-rechtliche Anstalt an. In der Aufsichtsbehörde könnten die verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen Einsitz nehmen und mit dem riesigen Anlagevermögen der 2. Säule klare Sozial- und Umwelt-richtlinien bei den beteiligten Unternehmungen durchsetzen. Damit wird auch ein Beitrag zur Demokratisierung unserer Wirtschaft geleistet.

Dank einer existenzsichernden Altersvorsorge (und dank Spitex und Pflegeheimen) wird die Generation der erwerbstätigen Bevölkerung von der Belastung befreit, für Pflege und Existenzsicherung der Eltern- generation aufkommen zu müssen - eine Belastung, die häufig genau dann anfällt, wenn die eigenen Kinder selbstständig geworden sind. Dadurch gewinnt diese Generation entscheidend an Freiheiten, eigene Lebensziele verfolgen zu können. Dies ist eine zentrale Grundlage dafür, den hier skizzierten Ausbau der AHV und Umbau der zweiten Säule als gemeinsames Projekt von Jung und Alt zu begreifen und die jetzigen politischen Blockaden aufzugeben.